

„Bericht aus der Werkstatt Bundestag“
von Jörg Frahm

So titulierte Herr Dr. Bürsch, Mitglied des Bundestages (SPD), seine Rede anlässlich der gemeinsamen Veranstaltung der Handelskammer Hamburg und der Hamburger Datenschutzgesellschaft e.V. am 23.03.2009 in den Räumlichkeiten der Handelskammer Hamburg. Titel seiner Rede: „Datenschutz im 21. Jahrhundert, eine gesellschaftspolitische Herausforderung“.

Dass der Datenschutz wider Erwarten kein Topthema für alle Abgeordneten des Bundestages ist, kann der Aussage von Herrn Dr. Bürsch entnommen werden, dass höchstens 10% der Abgeordneten dieses Thema verinnerlicht hätten. Spiegelt sich hierin vielleicht auch die Auffassung bzw. die Einstellung der Bundesbürger wieder? Dr. Bürsch ging im Verlauf seiner Rede auf den Stand der Gesetzesinitiativen (BDSG-Novelle I., BDSG-Novelle II) ein. Die Bundesregierung sieht auf die Änderungsvorschläge des Bundesrates keinen Anpassungsbedarf, so dass kaum noch Veränderungen der vorgelegten Datenschutznovelle zu erwarten seien.

Innerhalb der SPD-Fraktion habe sich die Meinung zur Einwilligung statt Widerruf gefestigt. Die Streichung des Listenprivilegs könne bei der Anhörung noch einmal überarbeitet werden, obwohl man zur derzeitig vorgesehen Streichung kaum eine Änderungsalternative sehen würde. Auch das eingeschränkte Kopplungsverbot und die Stärkung der Stellung des Datenschutzbeauftragten solle bestehen bleiben. Die Novellen sollten bestimmungsgemäß im Juli 2009 in Kraft treten.

Mit der Verabschiedung eines Datenschutz-Auditgesetzes sei in dieser Legislaturperiode wohl nicht mehr zu rechnen. Für das Auditverfahren soll eine einfache Lösung angestrebt werden. Auf keinen Fall würde es noch vor den Bundestagswahlen ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz geben.

Herr Dr. Bürsch betonte im weiteren Vortrag noch, dass mit den Sicherheitsgesetzen, wie z.B. mit der Regelung zur Online-Durchsuchung, verhältnismäßige Vorschriften geschaffen worden seien. Die Vorratsdatenspeicherung sei europagesetzeskonform und verfassungskonform.

Herr Dr. Bürsch versuchte für die SPD einen Ausblick auf die Datenschutzziele des 21. Jahrhunderts. Dazu benannte er 5 Grundsätze:

1. Transparenz;
2. Beteiligung (insbesondere des DSB);
3. Selbstschutz;
4. Schutzvorrichtungen festlegen;
5. Neue Verantwortungsteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Datenschutz.

—